

noch ab und zu Lippenbekenntnisse gewidmet werden. Weder "Unvermeidbarkeit des Dritten Weltkriegs" noch Aquidistanzpolitik, sondern weltweite antihegemonistische Interessensallianz mit den Ländern der Dritten Welt und mit den fortgeschrittenen Staaten des Westens - dies ungefähr ist der inzwischen neubestätigte Kerngehalt der chinesischen Außenpolitik, der zugleich eine Bestätigung der bisherigen Politik Deng Xiaopings ist. Wie es in den Meldungen weiter hieß, soll der neue Beschluß die chinesische Außenpolitik bis 1990 und möglicherweise noch darüber hinaus bestimmen.

Wie wenig heute an eine Aquidistanzpolitik gedacht wird, zeigt auch das Referat des Leiters des Armee-eigenen "Instituts für strategische Studien" in Beijing, Xu Xin, das vor Mitgliedern der "Trilateralen Kommission" (dazu C.a., Mai 1981, U 13) im Mai 1981 gehalten wurde. Der Korrespondent der Frankfurter Rundschau, Helmut Opletal, hat den Text dieser Rede übersetzt (FR, 25.6.81). China will dem sowjetischen "Expansionismus" eine neue Zurückdrängungs- (roll-back) Strategie entgegenstellen, der sich alle bedrohten Staaten, von Westeuropa über die USA bis zu den Ländern der Dritten Welt, darunter China, anschließen müßten. Es gelte, kurzfristige Partikularinteressen zugunsten einer langfristigen Politik der vereinten Fronten zurückzustellen. Die Sowjetunion sei an sechs Schwachpunkten verwundbar (Getreidemangel, Technologierückstand, militärische Haushaltsbelastung, drückende Militärhilfefasten fürs Ausland: jährlich 10 Mrd. US\$, Widersprüche innerhalb der Sowjetunion und des osteuropäischen Blocks, Verzettelung an zahllosen Fronten). Afghanistan und Kambodscha seien der Testfall für eine solche vereinte Front: Hier handle es sich nicht nur um Regionalprobleme, sondern um wichtige Frontabschnitte innerhalb des hegemonistischen Gesamtkonzepts.

Was China selbst anbelangt, so habe es vor Moskau keine übermäßige Angst. Die Sowjetunion benötige für eine Invasion mindestens 4-5 Millionen Soldaten und mehrere Jahre Kampf. Selbst wenn das "Schlimmste einträte und es der Sowjetunion gelänge, Nordostchina, die Autonome Region Xinjiang oder gar die Hauptstadt Beijing und das gesamte Gebiet nordöstlich des Gelben Flusses zu besetzen, so wäre dies eher der Anfang als das Ende eines Krieges. Wir hätten immer noch zwei Drittel unseres Landes mit unserer Bevölkerung südlich des Gelben Flusses, und damit könnten wir einen langandauernden Krieg führen und letzten Endes alle Eindringlinge auslöschen... Die modernen sowjetischen Truppen wären nur in der Lage, einige Metropolen, Städte und Kommunikationslinien zu kontrollieren..." Auch die Beschränkung auf kleinere chirurgische Operationen mit dem Ziel, die "Vier Modernisierungen" zu untergraben, würde der Sowjetunion kaum einen Sieg eintragen, da dies der Anfang eines langfristigen chinesisch-sowjetischen Kriegs wäre, und der Verlauf einer solchen Auseinandersetzung außerhalb der Kontrolle der sowjetischen Führung stünde. In jedem Fall besitze China genügend Leute, Raum und Kraft, um einen langandauernden Krieg durchzustehen. Der Sowjetunion andererseits würde es niemals gelingen, in einem Blitzkrieg schnelle Entscheidungen zu erzwingen. Selbst ein Angriff auf die strategischen Nuklearbasen Chinas sei wenig sinnvoll: Einmal stütze sich China bei seinen Kriegsvorbereitungen gar nicht in erster Linie auf Atomwaffen; zum anderen würde Moskau das Risiko eines nuklearen Gegenschlags auslösen.

Chinas Gedanken seien aber primär nicht auf den Krieg, sondern auf den Aufbau gerichtet. China verstehe sich als sozialistisches Land, das zur Dritten Welt gehört und das daher danach strebt, eine "langfristige, friedvolle internationale Umwelt zu errichten" und sich zu diesem Zweck dem Hegemonismus entgegenzustellen. "Unsere Strategie ist die positive Verteidigung. Wir werden niemals andere angreifen,

niemals nach Hegemonismus streben, aber wir werden auch anderen nicht gestatten, uns anzugreifen."

Ganz auf dieser Linie befürwortet China nach wie vor auch eine Stärkung der NATO im politischen sowie im militärischen Bereich, um "den sowjetischen Expansionismus in Zaum zu halten" (XNA, 7.5.81).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(7) UNO-Generalsekretär Waldheim in Beijing

Vom 10. bis 15. Juni kam Kurt Waldheim zu einem fünftägigen Routinebesuch nach China. Die bevorstehende Kambodscha-Konferenz war Hauptthema der Gespräche. Deng Xiaoping betonte, daß die Fragen Kambodscha und Afghanistan nicht als zweitrangig behandelt werden dürften. Hier handle es sich um eine Negierung der UNO-Charta (XNA, 11.6.81). Außenminister Huang Hua bekräftigte noch einmal die drei Prinzipien der chinesischen Regierung zur Beilegung der Afghanistan- und der Kambodscha-Frage: erstens Abzug ausländischer Aggressionstruppen, zweitens Selbstentscheidung der Völker, drittens Wiederherstellung der Blockfreiheit (XNA, 11.6.81).

Waldheim war vorher zu politischen Gesprächen in Tokyo gewesen. Er räumt ein, daß die Nichtteilnahme Vietnams an der geplanten Konferenz ein Handicap sei.

-we-

INNENPOLITIK

(8) 19. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK

Die 19. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses fand vom 5. bis 10. Juni 1981 in Beijing statt. Die Sitzung wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses, Peng Zhen, geleitet, da der Vorsitzende dieses Gremiums, Marschall Ye Jianying, offenbar an fortschreitender Altersschwäche leidet. An der Sitzung nahmen auch die Verantwortlichen der Ständigen VK-Ausschüsse aller 29 Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte teil. Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Verabschiedung von fünf Dokumenten mit Gesetzescharakter. Eine besondere Bedeutung kommt in der gegenwärtigen Situation den Beschlüssen über die Bestätigung von Todesurteilen und über die Behandlung von ausgebrochenen Strafgefangenen und Rückfalltätern zu: Sie sollen eine schnelle und abschreckende Reaktion der Justizorgane auf die zunehmend offiziell beklagte weitverbreitete Gewaltkriminalität ermöglichen. Insgesamt faßte der Ständige Ausschuss, das oberste legislative Organ der Volksrepublik China zwischen den Tagungen des Nationalen Volkskongresses, auf seiner 19. Sitzung die folgenden Beschlüsse bzw. verabschiedete die folgenden Dokumente (RMRB, 6., 11., 12.6.81):

1. "Bestimmungen über die Wahl der Abgeordneten der Chinesischen Volksbefreiungsarmee zum Nationalen Volkskongreß und zu den lokalen Volkskongressen auf allen Ebenen" (RMRB, 11.6.81)

Diese Bestimmungen stellen eine Ergänzung des am 1. Juli 1979 verabschiedeten Gesetzes über die Wahlen zum NVK und zu den lokalen Volkskongressen dar.

2. "Vorläufige Bestimmungen über die Bestrafung von Verletzungen der Amtspflichten durch Armeeingehörige" (RMRB, 12.6.81)

Dieses Militärstrafgesetzbuch ist als Ergänzung zum im Juli 1979 verabschiedeten Strafgesetzbuch gedacht, in dem Strafen für VBA-Angehörige, die gegen ihre militärischen Pflichten verstoßen haben, nicht vorgesehen sind. (Siehe hierzu auch die Übersicht "Kampagnen, Strafbestimmungen und Disziplinerregungen gegen Skepsis und Nachlässigkeiten in der Armee" in diesem Heft).

3. "Beschuß über die Verstärkung der Gesetzesauslegungsarbeit" (RMRB, 11.6.81)

Um unterschiedliche Gesetzesinterpretationen zu vermeiden und eine einheitliche Anwendung der verschiedenen Gesetze zu erreichen, wird in diesem Vier-Punkte-Beschluß die Gesetzesauslegung ausschließlich bestimmten Organen zugewiesen. Je nach Art der Gesetze sind für ihre Interpretation die Legislativ-, Exekutiv- oder Justizorgane auf den entsprechenden Verwaltungsebenen zuständig.

4. "Beschuß über die Frage der Überprüfung und Bestätigung von Todesurteilen" (RMRB, 11.6.81)

Der Beschluß sieht vor, daß in der Zeit von 1981 bis 1983 Todesurteile für Vergehen wie Mord, Raub, Vergewaltigung, Bombenanschläge u.a. unter bestimmten Bedingungen nicht der Überprüfung und Bestätigung durch den Obersten Volksgerichtshof bedürfen. Ausgenommen von dieser Regelung sind Todesurteile gegen "Konterrevolutionäre" und Personen, die sich der Unterschlagung schuldig gemacht haben. Eine ähnliche Regelung hatte es - den Gesetzeserläuterungen des stellvertretenden Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Wang Hanbin, zufolge - bereits für das Jahr 1980 gegeben. Sie soll angeblich auf der "13. Sitzung des Ständigen Ausschusses des NVK im November 1979" (Wang Hanbin nach RMRB, 11.6.81) beschlossen worden sein. Abgesehen davon, daß im November 1979 erst die 12. Sitzung stattfand, ist in den Meldungen der "Volkszeitung" sowohl über die 12. als auch über die 13. Sitzung des Ständigen Ausschusses des NVK (Februar 1980) ein entsprechender Beschluß nicht erwähnt worden. Die Notwendigkeit dieser Regelung wurde von Wang Hanbin mit der nach wie vor sehr verbreiteten Gewaltkriminalität und der Notwendigkeit einer schnellen und abschreckenden Reaktion darauf begründet.

5. "Beschuß über die Behandlung von Ausbrechern und Rückfalltätern, die zu Arbeitslager (laodong gaizao: "Umformung durch Arbeit") oder Umerziehung durch Arbeit (laodong jiaoyang) verurteilt wurden" (RMRB, 11.6.81)

Dieser Beschluß läuft quasi darauf hinaus, daß - von wenigen Ausnahmen abgesehen - Ausbrecher und Rückfalltäter, die zuvor zu Arbeitslager oder Umerziehung durch Arbeit verurteilt wurden, nach Abbüßung ihrer Strafe für immer als Arbeitskräfte im Arbeitslager oder Umerziehungscamp verbleiben müssen und nicht in die Städte zurückkehren dürfen. Begründet werden diese scharfen Maßnahmen damit, daß sich unter den gegenwärtigen Straftätern sehr viele Ausbrecher und Rückfalltäter befänden - ein Hinweis darauf, daß die Resozialisierung von Straftätern in den meisten Fällen nicht gelingt. So wurden z.B. 70% (34) der 49 in Beijing im 1. Vierteljahr d.J. verhafteten kriminellen Banden von flüchtigen oder entlassenen Strafgefangenen geleitet (Radio Beijing, 12.6.81, nach SWB, 24.6.81).

Die Verordnung über die strengere Bestrafung von Ausbrechern und Rückfalltätern, die zu Arbeitslager oder Umerziehung durch Arbeit verurteilt wurden, tritt am 10. Juli 1981 in Kraft. In diesem Zusammenhang forderte ein Verantwortlicher des Ministeriums für öffentliche Sicherheit am 22. Juni die geflohenen Strafgefangenen auf, freiwillig in ihre Arbeitslager bzw. Umerziehungscamps zurückzukehren. Sollten sie dies vor dem 10. Juli 1981 tun, könnten sie mit einer Verringerung ihrer Strafe rechnen (RMRB, 23.6.81). Ein ähnliches Angebot hatte der Direktor des Amtes für öffentliche Sicherheit von Beijing, An Lin, bereits am 20. Juni auf einer Massenversammlung vor 18.000 Sicherheitsbeamten in Beijing gemacht (Beijing Ribao, 21.6.81).

6. Annahme des Rücktrittsgesuches von Peng Zhen vom Amt des Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Ständigen Ausschusses des NVK und Ernennung von Xi Zhongxun zu seinem Nachfolger.

Peng Zhen gab damit nach seinem Rücktritt vom Amt des Generalsekretärs des Ständigen Ausschusses des NVK im September 1980 einen zweiten wichtigen Posten innerhalb des legislativen Apparates ab. Dies bedeutet freilich keine Machteinbuße des auf der Seite der Reformfraktion um Deng Xiaoping stehenden Politikers: Peng vertrat als einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK in den letzten fünf Monaten den in Beijing abwesenden Vorsitzenden dieses Gremiums, Marschal Ye Jianying, in diesem Amt, und es ist damit zu rechnen, daß Peng im Falle eines Rücktritts oder des Ablebens von Ye Jianying zu dessen Nachfolger bestimmt und damit auch die Funktionen eines Staatsoberhauptes der VR China übernehmen wird. Pengs Nachfolger als Leiter des Rechtsausschusses, Xi Zhongyun (seit September 1980 auch einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK), stieg Ende Juni 1981 auch in die KPCh-Führungsspitze auf: Auf der 6. Plenartagung des XI. ZK wurde er offiziell in das gewichtige ZK-Sekretariat gewählt.

7. Entlassung von Chai Shufan aus seinem Amt als Minister des 6. Maschinenbauministeriums und Ernennung von An Zhiwen zu seinem Nachfolger.

Das 6. Maschinenbauministerium gehört zu den sechs Maschinenbauministerien (2.-7.), denen die Verwaltung der chinesischen Verteidigungsindustrie obliegt. Es ist zuständig für die Produktion von Kriegsmarineausrüstung und Kriegsschiffen (inkl. Unterseeboote).

8. Ernennung von Wang Zhanping zum stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Volksgerichtshofs bei gleichzeitiger Entlassung aus dem Amt des Vorsitzenden der 1. Strafkammer des Obersten Volksgerichtshofs.

9. Ernennung von Sa Yier zum stellvertretenden Generalsekretär (mishuzhang) des Nationalitätenausschusses des NVK.

Sa Yier gehört zur Nationalität der Daghuren und war Abgeordneter des Autonomen Gebietes Innere Mongolei im III. Nationalen Volkskongreß (1964-1965).

10. Ernennung von Song Guang zum stellvertretenden Vorsitzenden, Mitglied des Richterausschusses (Richterkollegium) und Vorsitzenden der Wirtschaftskammer des Obersten Volksgerichtshofs.

Song Guang war früher Bürgermeister von Shenyang, der Provinzhauptstadt von Liaoning.

11. Ernennung von 36 Richtern des Obersten Volksgerichtshofs.

12. Ernennung von 43 Staatsanwälten der Obersten Volksstaatsanwaltschaft.

13. Entzug des NVK-Mandats des Abgeordneten Jiang Liyin aus der Provinz Fujian gemäß eines Beschlusses des Ständigen Ausschusses des Provinzvolkskongresses von Fujian.

-sch-

(9) Weiteres Ansteigen der Kriminalität

Das Organ des ZK der KPCh, die "Volkszeitung", veröffentlichte am 25. Juni 1981 einen Artikel, in dem ein weiteres Ansteigen der Kriminalität in den letzten Monaten beklagt wird. Entsprechende Meldungen der Provinzrundfunksender im Berichtszeitraum deuten ebenfalls auf eine steigende Kriminalitätsrate hin. Auch die chinesische Hauptstadt ist hiervon nicht ausgeschlossen: Der Direktor des Städtischen Büros für öffentliche Sicherheit, An Lin, bezeichnete die gegenwärtige Situation der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Beijing als "nicht gut" (Beijing Ribao, 21.6.81).

An Delikten werden in den entsprechenden Berichten vor allem Mord, Raub, Vergewaltigung und Brandstiftung genannt. Bombenanschläge wurden in Meldungen aus den Städten Beijing und Tianjin und aus den Provinzen Guizhou, Hebei und Hubei beklagt. Verschiedene Meldungen gab es auch über Waffendiebstahl, illegalen Waffenbesitz und illegale Waffenherstellung sowie über Schmuggel delikte. Aus der Provinz Sichuan wurden Sabotageakte an der Eisenbahnlinie Chengdu-Chongqing berichtet.

Als Täterkreis werden vor allem aus Arbeitslagern bzw. Umerziehungscamps geflohene oder entlassene Strafgefangene genannt. Sie sollen für die Mehrzahl der begangenen Straftaten verantwortlich sein (Beijing Ribao, 21.6.81; Radio Liaoning, 15.6.81, nach SWB, 20.6.81). So wurden z.B. 70% (34) der 49 im 1. Vierteljahr in Beijing aufgefliegenen kriminellen Banden von entflohenen oder entlassenen Strafgefangenen geleitet (Radio Beijing, 12.6.81, nach SWB, 24.6.81). Jugendliche scheinen den weitaus größten Teil der Straftäter auszumachen: So meldete z.B. Radio Liaoning am 15. Juni 1981, daß von den gewöhnlichen Straftätern 70-80% junge Leute seien (nach SWB, 20.6.81). Den vorliegenden Meldungen zufolge werden die meisten Straftaten, insbesondere Raub, Diebstahl und Vergewaltigung, von Banden begangen - das Bandenwesen scheint also die Regel zu sein, während Einzeltäter eher die Ausnahme darstellen.

Folgende drei Ursachen für die zunehmende Kriminalität werden in den chinesischen Massenmedien genannt:

1. Der nachhaltige schlechte Einfluß der "konterrevolutionären Cliquen von Lin Biao und Jiang Qing" sei noch nicht völlig ausgeremert worden.

2. Die Justizorgane, die Abteilungen für öffentliche Sicherheit und die politischen Instanzen hätten die Gesetze nicht strikt genug gehandhabt. Sie seien nicht schnell und hart genug gegen Kriminelle vorgegangen. Teilweise seien Straftaten nicht verfolgt worden, während Fehlurteile aus der Vergangenheit nicht aufgehoben worden seien.

3. Eine Beeinflussung von Teilen der Bevölkerung durch die bürgerliche Ideologie und den bürgerlichen Lebensstil des Westens habe nicht verhindert werden können. (RMRB, 22. und 25.6.81; Beijing Ribao, 21.6.81)

Um eine bessere Verbrechensbekämpfung zu ermöglichen, faßte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses auf

seiner 19. Sitzung Anfang Juni 1981 drei Beschlüsse über die Verstärkung der Gesetzesauslegungsarbeit, über die Frage der Überprüfung und Bestätigung von Todesurteilen und über die Behandlung von Ausbrechern und Rückfalltätern, die zu Arbeitslager oder Umerziehung durch Arbeit verurteilt wurden (siehe die entsprechende Übersicht in diesem Heft). Als weitere Maßnahmen zur besseren Verbrechensbekämpfung und Abschreckung wurden in den chinesischen Massenmedien folgende genannt:

1. schnelle Bestrafung (RMRB, 23. und 25.6.81);
2. exemplarisch harte Bestrafung von Schwerverbrechern und Anführern und Milde gegenüber Mitläufern und Jugendlichen, die keine schweren Straftaten begangen haben (ebenda);
3. permanente Isolierung von Ausbrechern, Rückfalltätern und Schwerverbrechern von einer für die Begehung von Straftaten günstigen Umgebung (Städte), d.h. faktisch lebenslanger Aufenthalt in entlegenen Arbeitslagern (RMRB, 22.6.81);
4. Bekanntgabe von Urteilen gegen Schwerverbrecher auf Massenversammlungen (ebenda, Wen Hui Bao, 17.6.81 sowie verschiedene Rundfunkmeldungen nach SWB);
5. bessere Zusammenarbeit zwischen Zivilkräften und Militär (Wen Hui Bao, 17.6.81);
6. Etablierung eines "Verantwortlichkeitssystems", indem "jedermann verantwortlich ist für die erfolgreiche Verbrechensbekämpfung" (ebenda).
Konkreter äußerte sich der Beijinger Bürgermeister Jiao Ruoyu hierzu: Hinsichtlich der Verbrechensbekämpfung seien die Unternehmen für ihre Angestellten und Arbeiter verantwortlich, die Schulen für ihre Schüler, die Straßenkomitees für die Jugendlichen und die Eltern für ihre Kinder (Beijing Ribao, 21.6.81).
7. Verbrechensverhütung durch umfangreiche soziale Kontrolle unter Einsatz der Organe der Justiz, der Partei und der öffentlichen Sicherheitsorgane sowie der Bevölkerung (RMRB, 25.6.81).

-sch-

(10) Veröffentlichung der "Ausgewählten Werke von Liu Shaoqi" angekündigt

Das Organ des ZK der KPCh, die "Volkszeitung", kündigte in ihrer Ausgabe vom 28. Juni 1981 an, daß der 1. Band der "Ausgewählten Werke von Liu Shaoqi" noch in diesem Jahr veröffentlicht werden wird. Er wird Reden und Schriften des früheren Staatspräsidenten und Mao-Gegenspielers enthalten, die aus der Zeit vor der Gründung der Volksrepublik China i.J. 1949 stammen.

-sch-

(11) Alle früheren 860.000 "Kapitalisten" nun als "Werkätige" eingestuft

Einem Bericht in der Zeitschrift "Halbmonatliche Gespräche" (Ban Yue Tan) vom 10. Juni 1981 zufolge (nach Xinhua, 10.6.81, in SWB, 18.6.81) sind mittlerweile alle 860.000 Geschäftsleute, die zu Beginn der fünfziger Jahre an staatlich-privaten Gemeinschaftsunternehmen beteiligt waren, als "Werkätige" eingestuft worden und genießen nun die gleichen Rechte wie normale Arbeiter und Angestellte. Die Neueinstufung von "Kapitalisten" geht zurück auf einen Beschluß des Zentralkomitees der KP Chinas vom November 1979. Untersuchungen, die im Rahmen der Neueinstufung vorgenommen wurden, ergaben, daß nur 160.000 (19%) der 860.000 früher als "Kapitalisten" eingestuften Unternehmer wirklich solche gewesen waren und in größerem Maße Ausbeutung betrieben hatten. Die

übrigen 700.000 (81%) sollen überhaupt gar keine "Kapitalisten" gewesen sein, sondern lediglich selbständige Handwerker, kleine Einzelunternehmer und Händler mit geringem Vermögen. Als "Kapitalisten" eingestufte Personen waren lange Zeit, insbesondere während der Kulturrevolution und in den darauffolgenden Jahren bis zu Maos Tod (1976), ihrer normalen Bürgerrechte beraubt und in vielfacher Hinsicht benachteiligt und politisch verfolgt worden, da sie als "Objekte des Klassenkampfes und der Umformung" galten. Nach der für die Durchsetzung des nach-maoistischen politischen Kurses entscheidenden 3.Plenartagung des XI.ZK im Dezember 1978 hatte das ZK der KPCh Anfang 1979 in einem Acht-Punkte-Beschluß bereits festgelegt, daß den früheren Industriellen und Kaufleuten ihre während der Kulturrevolution beschlagnahmten Sparguthaben und anderes Eigentum zurückerstattet und ihre ursprünglichen Gehälter, die während der Kulturrevolution und danach gekürzt worden waren, nachgezahlt und in Zukunft wieder voll ausbezahlt werden sollten. Darüber hinaus hatte der ZK-Beschluß vorgesehen, die früheren Industriellen und Kaufleute wieder angemessen zu beschäftigen und ihre Kinder und Enkel nicht weiter politisch und beruflich zu diskriminieren (RMRB, 26.1.79).

-sch-

(12) Tagung des Volkskongresses des Autonomen Gebietes Ningxia

Die 3.Tagung des IV.Volkskongresses des Autonomen Gebiets Ningxia der Hui-Nationalität fand vom 9. bis 15.Juni 1981 in der AG-Hauptstadt Yinchuan statt. Auf der Tagung wurde u.a. eine Ergänzung des nationalen Heiratsgesetzes im Geltungsbereich des Autonomen Gebietes Ningxia beschlossen. Danach dürfen Männer bereits mit Erreichung des 20.Lebensjahrs heiraten. Das Heiratsmindestalter für Frauen wurde mit 18 Lebensjahren festgesetzt (XNA, 15.6.81, nach SWB, 19.6.81). Die Volkskongreßtagung, die ursprünglich bereits Anfang dieses Jahres einberufen werden sollte, war Anfang Januar ohne offizielle Begründung verschoben worden (Radio Ningxia, 8.1.81, nach SWB, 15.1.81).

-sch-

(13) Telefonbuch der VR China zum ersten Mal öffentlich herausgegeben

Seit Ende Juni 1981 ist in der VR China und in Hongkong ein 800 Seiten starkes Telefonbuch für die VR China in chinesischer und englischer Sprache erhältlich. Das Verzeichnis enthält über 20.000 Telefonnummern in vierzig Städten der Volksrepublik China. Mit Ausnahme der Telefonnummern von Einzelpersonen enthält es die Telefonnummern von Regierungsbehörden, politischen Parteien und Organisationen, wissenschaftlichen Institutionen, Schulen, Fachschulen, Hochschulen, Verlagshäusern, medizinischen Einrichtungen, Touristenbüros, Banken, Versicherungen, Organisationen des öffentlichen Dienstes, Im- und Exportorganisationen, industriellen und kommerziellen Unternehmen sowie die Telefonnummern der ausländischen Botschaften, Pressebüros, Wirtschaftsvertretungen und ausländischen Handelsagenturen. In der britischen Kronkolonie Hongkong hat das Hongkonger Büro der "China Youth Travel Service" den Verkauf dieses Telefonbuchs der VR China ("China Telephone Directory") übernommen (XNA, 13.6.81).

-sch-

(14) Taiwan fragt nach dem Testament Song Qinglings und veröffentlicht einen Brief

Die taiwanesischen Nachrichtenagentur veröffentlichte am 9.Juni 1981 einen Bericht, in dem die Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht wird, daß das Testament Song Qinglings, die am 29.Mai 1981 verstarb, noch nicht veröffentlicht wurde. In dem Bericht wird darüber hinaus ein Brief zitiert, den Song Qingling angeblich am 28.Juli 1980 - vor der 3.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses (August/September 1980) - an alle ZK-Mitglieder der KPCh geschickt haben soll. Die taiwanesischen Nachrichtenagentur zitiert u.a. folgende Passagen dieses Briefes, der angeblich erst vor kurzem nach Taiwan geschmuggelt sein soll, wörtlich: "Die Entwicklung der Demokratie in hohem Maße sollte nicht länger ein leeres Wort bleiben... Demokratie kann nicht mit einer Maske versehen werden, ebensowenig duldet sie Vortäuschungen. Welch attraktives Wort ist doch Demokratie. Abermillionen haben dafür gekämpft und für ihre Verwirklichung ihr Blut vergossen. Bedauerlicherweise haben viele Herrscher in der Geschichte dieses Wort zur Täuschung des Volkes mißbraucht... In der Vergangenheit hat die Kommunistische Partei großzügig hohe Ämter an andere verteilt. Aber die Sache sieht anders aus, wenn es um die Verteilung der Macht geht. Daher haben wir uns daran gewöhnt, daß Menschen hohe Positionen ohne oder nur mit geringer Macht innehaben. Es ist daher kein Wunder, daß die demokratischen Parteien zu politischen Blumenvasen wurden... Ich glaube, daß die Durchführung der Vier Modernisierungen ohne eine demokratische Atmosphäre nicht möglich ist" (nach MD, 15.6.81).

-sch-

(15) Linksextremer Terrorist zum Tode verurteilt und exekutiert

Der frühere Polizist Wang Xiwen wurde am 10.Juni 1981 nach Niederschlagung seiner Berufung vom Bezirksgericht von Handan (Provinz Hebei) zum Tode verurteilt und unmittelbar nach der Urteilsverkündung hingerichtet. Die Urteilsverkündung fand in Form einer Massenversammlung statt, an der 50.000 Menschen teilnahmen. Das Bezirksgericht von Handan und die später angerufenen höheren Instanzen (bis hin zum Obersten Volksgerichtshof der Volksrepublik China) sahen es als erwiesen an, daß Wang Xiwen am 17.November 1980 - also kurz vor dem Beginn des Prozesses gegen die "Viererbande" und sechs Mitglieder der sog. "Lin-Biao-Clique" (20.11.80) - eine Pistole, ein Gewehr, Munition und Granaten gestohlen und damit sieben Menschen getötet und zwölf verletzt hat. Wang habe damit Rache nehmen wollen für die Verhaftung der "Viererbande". Wang, der während der Kulturrevolution der Partei beigetreten und in die öffentlichen Sicherheitsorgane aufgenommen worden sei, habe auch nach dem Sturz der "Viererbande" deren ideologische Positionen bezogen, üble Anschuldigungen gegen heutige ZK-Führer erhoben und eine Rehabilitierung der "Viererbande" gefordert. Dem Bericht von Radio Hebei vom 11.Juni 1981 zufolge (nach SWB, 23.6.81) war Wang am 26.März 1981 vom Bezirksgericht Handan zum Tode verurteilt worden. Die darauffolgende Berufung Wangs gegen das Urteil wurde vom Provinzgericht von Hebei, das am erstinstanzlichen Urteil festhielt, niedergeschlagen. Nachdem auch der Oberste Volksgerichtshof der VR China das Todesurteil gegen Wang bestätigt hatte, konnte das Handaner Bezirksgericht am 10.Juni 1981 das endgültige Urteil verkünden und vollziehen lassen.

-sch-

(16) Mitglieder der "Lin-Biao-Clique" verurteilt

Einem Bericht der in Beijing erscheinenden englischsprachigen "China Daily" vom 19. Juni 1981 zufolge (nach SWB, 23.6.81) wurden Anfang Mai 1981 elf Mitglieder der sog. "konterrevolutionären Clique von Lin Biao" zu Gefängnisstrafen zwischen 4 und 15 Jahren verurteilt. Offenbar handelte es sich ausschließlich um Angehörige der chinesischen Luftwaffe, da die Urteile vom Militärgericht der VBA-Luftwaffe gefällt wurden. Unter den Verurteilten befanden sich der frühere Direktor der Kampfabteilung, Lu Min, und der frühere Direktor der Verwaltungsabteilung der VBA-Luftwaffe, Li Weixin. Während Lu Min zu 10 Jahren Haft verurteilt wurde, erhielt Li Weixin eine 15jährige Haftstrafe. Li soll an dem angeblichen Plan Lin Biaos zur Ermordung Mao Zedongs direkt beteiligt gewesen sein. Vier der elf Verurteilten wurden nach der Urteilsverkündung freigelassen, weil die Länge der "Untersuchungshaft" die der verkündeten Haftstrafe bereits überschritten hatte.

-sch-

(17) Radio "1. August" bringt neue Version über den Sturz Lin Biaos

Radio "1. August", über dessen Betreiber nach wie vor keine Klarheit besteht (sowjetischer Propagandasender oder illegale Station unzufriedener VBA-Kräfte), brachte am 19. Mai 1981 eine neue Version über den Sturz und Tod Lin Biaos am 13. September 1971. Dem Bericht zufolge soll die "Viererbande" die Ermordung von Lin Biao, seiner Frau Ye Qun, seines Sohnes Lin Ligu und seines persönlichen Stabes angeordnet haben. Der Grund für die Ermordung Lin Biaos sei der Widerstand Lins und anderer Armeeführer gegen die "Viererbande" gewesen. Auch die jetzige Führung unter Deng Xiaoping sei nicht bereit, den wahren Sachverhalt des Todes von Lin Biao bekanntzugeben, da die bisherige offizielle Version der Lin-Biao-Affäre (Mordversuch der "Lin-Biao-Clique" an Mao Zedong und Tod Lin Biaos auf der Flucht in die Sowjetunion) ein probates Mittel sei, einige Armeeführer in ihre Schranken zu verweisen. Radio "1. August" berichtete darüber hinaus, daß einige alte Kader der VBA-Einheiten von Nanjing Marschall Ye Jianying bei seinem letzten Besuch in Shanghai einen Brief überreicht hätten, in dem sie ihren Unmut über die geplante Verfolgung von Lin-Biao-Anhängern unter den Nanjinger VBA-Einheiten zum Ausdruck gebracht haben sollen (nach SWB, 27.5.81).

-sch-

(18) Falschgeld in Liaoning, Heilongjiang und Guangzhou

Den Sicherheitsbehörden von Guangzhou und Liaoning gelang es Ende Mai/Anfang Juni, zwei Fälle von Falschmünzerei aufzuklären. In Guangzhou wurde am 28. Mai 1981 Lei Zhulian verhaftet, der in den vergangenen Jahren alle möglichen Rationierungsmarken und Zertifikate gefälscht haben soll. Dem Bericht von Radio Guangdong vom 28. Mai 1981 zufolge (nach SWB, 9.6.81) begann Lei im Dezember 1980 mit der Fälschung von 10-Yuan-Renminbi-Noten. Dem Bericht zufolge druckte Lei für mehr als 2.000 Yuan Falschgeld. In Liaoning wurden zwei Männer verhaftet, die im Juni 1979 500 5-Yuan-Renminbi-Noten gefälscht und an mehreren Orten in den beiden Provinzen Heilongjiang und Liaoning in Umlauf gebracht haben sollen (Radio Liaoning, 5.6.81, nach SWB, 9.6.81).

-sch-

(19) Kader-Luxuslimousine "Rote Fahne" wird nicht mehr gebaut

Die Produktion der chinesischen Luxuslimousine "Rote Fahne" soll im Juni 1981 eingestellt worden sein. Dies berichtete die "International Herald Tribune" in ihrer Ausgabe vom 16. Mai 1981. Der Produktionsstopp für das benzinfressende Automobil ist Teil einer nationalen Benzineinsparungskampagne. In diesem Zusammenhang haben die Staatliche Energiekommission und andere Organe des Staatsrats der Volksrepublik China eine Verordnung zur Benzineinsparung erlassen (Xinhua, 14.6.81, nach SWB, 19.6.81).

-sch-

VERTEIDIGUNG

(20) Einzelheiten zum Schulsystem der VBA

Kompiliert man die zahlreichen Meldungen, die in den letzten Monaten chinesischen Presseveröffentlichungen zu entnehmen waren, so ergibt sich etwa folgendes Bild des derzeitigen VBA-Schulsystems: An der Spitze stehen die drei Akademien in Beijing, nämlich die Militärakademie (junshi xueyuan), die nahe dem Sommerpalast liegt, ferner die Politakademie (zhengzhi xueyuan) und die Logistik-Akademie (houqin xueyuan). Von diesen feierte die Militärakademie am 15. Januar 1981 ihr 30. Gründungsjubiläum (XNA in SWB, 23.1.81). Die drei Akademien stehen in enger Beziehung zu den drei Spitzengliederungen des Generalstabs, der Allgemeinen Politabteilung und der Allgemeinen Logistikabteilung, die ihrerseits wiederum dem Militärausschuß beim ZK untergeordnet sind. An diesen drei Spitzenschulen werden Offiziere der Korps- und Divisions- manchmal auch der Regimentsebene weitergebildet.

Im Range unterhalb dieser Schulen, also auf mittlerer Ebene, sind Akademien angesiedelt, die in der Regel zu den einzelnen Provinz-Militärdistrikten gehören. Landesweit schrieben sich an diesen Akademien i.J. 1981 über 10.000 Studenten ein, die aus der höheren Mittelschule kamen (und das Alter von 20 Jahren noch nicht überschritten haben durften).

Diese Art von Akademien zerfällt in zwei Kategorien, nämlich "Militärische Kommandoakademien" und "Militärische Technische Institute" (XNA, 27.4.81). Die Militärischen Institute sind spezialisiert und befassen sich mit den verschiedensten technischen Zweigen wie Laser, Meßtechnik, Schiffstechnologie usw. In der Provinz Hubei gibt es beispielsweise ein "Funkinstitut", ein "Institut für den Antichemie-Krieg" und eine "Nr.1 Bodenartillerie-Akademie" (Radio Wuhan in SWB, 4.6.81). Manchmal ist die Vielzahl der Schulen schon so sehr ins Kraut geschossen, daß eigene Koordinationszentren errichtet werden müssen, so z.B. im Bereich Beijing, wo sich im Juni 1981 zwölf Militärschulen unter das Dach eines Koordinationszentrums für Beijing begeben haben. Der Unterricht der zwölf Schulen soll künftig nicht mehr verzettelt, sondern koordiniert durchgeführt werden. Zu diesem Zweck wurden zwanzig Spezialgruppen für Philosophie, Militärtheorie, Militärwissenschaft, Logistik usw. eingerichtet, die dann an den Schulen rotieren (XNA in SWB, 9.6.81). Ähnliche Zentren gibt es für die Provinz Hebei bereits in Shijiazhuang, in Nanjing für die Provinz Jiangsu und ferner in Zhengzhou und Xi'an.

Zahlreiche Akademien sind daneben nicht lokal, sondern funktional ausgerichtet. So gibt es beispielsweise eine Eisen-